

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Tagblattausgabe

Abend-Ausgabe öffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postfachnummer: Frankfurt a. M. Nr. 7406.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

Tagblattausgabe Nr. 6000-50.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.
Postfachnummer: Frankfurt a. M. Nr. 7406.

Bezugspreise: Durch den Verlag bezogen: M. 4.80 monatlich, M. 14.40 vierteljährlich, ohne Transport; durch die Post bezogen: M. 6.— monatlich, M. 18.— vierteljährlich, mit Beleggeld. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle Postämter. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Ersatzung des entfallenden Teils.



Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 9, Hohlstraße 18, Fernsprecher: Amt Zentrum 11435-11437.

Samstag, 19. November 1921.

Abend-Ausgabe.

Nr. 528. • 69. Jahrgang.

Reichstagsauflösung?

Es gibt politische Situationen, wo alle Auswege verbaut sind und aus denen dann nur eine Parlamentsauflösung herausführt. Oftmals ist es notwendig, daß sich ein Staatsmann vorausschauend nicht lange mit einem arbeitsunfähigen Parlament abquält, sondern durch eine Befragung der Wähler für seine künftige Politik eine klare Marschlinie schafft. Bei uns gibt es augenblicklich Politiker, die da meinen, die natürlichen Schwierigkeiten in der Steuerfrage und der Finanzreform könnten ebenfalls auf diesem alexandrinischen Wege des Zerhauens eines verwinkelten Knotens gelöst werden. In Breslau hat selbst der sonst sehr besonnene Reichstagspräsident Löbe mit dem Gedanken einer Reichstagsauflösung gespielt. Daher scheint es notwendig, die gegenwärtige Sachlage einmal kritisch zu überprüfen und die Frage zu untersuchen, ob wirklich irgendwelche Aussicht dafür besteht, daß ein neuer Reichstag nun in der Steuerfrage im Sinne eines radikalen Programms entscheiden würde. Die Sozialdemokratie hofft natürlich, ein Wahlkampf, der gegen den Besitz geführt würde, brächte ihr einen großen Erfolg. Aber sie vergißt völlig, daß sich bei der furchtbaren Finanzlage von heute der Haushalt nicht finanzieren läßt, ohne gleichzeitige starke Inanspruchnahme der indirekten Steuern. Von den Führern der Partei ist das offen anerkannt worden, denn seit der Erzberger'schen Steuerreform haben die Mehrheitssozialisten unter dem Zwange der Not zahlreiche indirekte Steuern bewilligen müssen. Diese erfolgten und bevorstehenden Bewilligungen würden natürlich dem Radikalismus die erwünschte Gelegenheit geben, ebenso scharf gegen die Sozialisten Front zu machen, wie diese gegen den Besitz anstürmen. Eine alte Erfahrung beweist, daß bei Wahlen um Steuern immer diejenigen Parteien im Vorteil gewesen sind, die sich auf den Standpunkt völliger Negation stellten. Die sozialistischen Pläne können also sehr leicht gründlich zu Wasser werden. Aber wir haben gegenwärtig nicht nur mit der grundsätzlichen Opposition der Unabhängigen und Kommunisten gegen jede indirekte Steuer zu rechnen, sondern es gilt auch, die grundsätzliche Bekämpfung aller Erfüllungspolitik durch die Deutschnationalen in Betracht zu ziehen. Die Rechte würde nicht verfehlen, wie sie das ja jetzt schon in ihrer Presse tut, der Sozialdemokratie vorzuerwerfen, sie sei lediglich der Hüter der Entente und die sozialistische Steuerpolitik bedeute nur die Auslieferung der deutschen Produktionsmittel an die kapitalistischen Ententeländer. Was sich jetzt die deutschnationale Presse in dieser Hinsicht bereits leistet, würde natürlich weit in den Schatten gestellt werden, wenn wirklich ein Wahlkampf um die Steuern entbrennen sollte. Aber auch die Kreise der Auslands- und der Verständigung würden von der sozialistischen Propaganda in eine Abwehrstellung gedrängt werden. So wie die Sozialdemokratie sich die Erfassung der Schwerte denkt, geht es einfach nicht. Diese Politik muß den natürlichen Widerstand auch des kleinen Besitzes hervorrufen. Denn mit der Erfassung der verhältnismäßig wenigen großen Unternehmungen wäre es nicht getan. Die Finanznot ist so fürchterlich, daß dann auch der kleine Besitz geradezu ruiniert angefaßt werden muß. Diese Kreise aber würden deshalb leicht ebenfalls bei den Parteien der prinzipiellen Verneinung Schutz suchen.

Eine Reichstagsauflösung hätte daher nur Sinn, wenn durch sie zu erhoffen wäre, daß eine starke Mehrheit für eine möglichst radikale Steuerpolitik geschaffen würde. Die Psychologie der Wählerschaft und die starken negativen Kräfte, die die Finanzreform grundsätzlich bekämpfen, zwingen zu der Vermutung, daß die Verhältnisse in einem neuen Reichstag nicht besser, sondern wahrscheinlich ungleich schwieriger gelagert wären. Es ist darum richtiger, den Weg der Verständigung zu suchen und den Appell an die Wähler zu vermeiden. Dabei müßte vor allen Dingen auch eine ruhige Temperatur der sachlichen Aussprache erreicht werden. Wir geben gerne zu, daß in dieser Hinsicht auf beiden Seiten gesündigt wird. Es war von den Vertretern der Industrie unglaublich ungeschickt, daß sie die rein wirtschaftliche Zweckmäßigkeit einer privaten Beteiligung der Industrie an den Reichsbahnen in der Form eines politischen Ultimatums lösen wollten. Daraufhin sind die Gewerkschaften mit einem Steuerprogramm gekommen, das in seiner Durchführung das Ende der industriellen Entwicklung und damit der Aufstiegsmöglichkeiten für die Arbeiterschaft wäre. Die Aktion der Industrie ist augenblicklich noch in Behandlung. Die Industrie will ihre Vorschläge umformen. Die Verhandlungen darüber mit dem Reichsminister dauern an. Man muß hoffen, daß sich dennoch die Arbeitnehmer

und Arbeitgeber miteinander besprechen und eine Grundlage finden helfen, auf der der Reichstag dann arbeiten kann. Aber die sozialdemokratische Presse sollte das Kind nicht mit dem Bade ausschütten wollen. Gewiß hat unsere Industrie auslandsguthaben. Bei der katastrophal fallenden Mark sind diese Kredite aber doch für die Beschaffung der notwendigen Rohstoffe erforderlich. Womit sollten wir später Rohstoffe kaufen, um die heimische Arbeiterschaft weiter beschäftigen zu können, wenn sie jetzt kritiklos an die Entente gegeben würden? Es mag auch sein, daß sich dieser oder jener Industrielle übermäßig gut eingedeckt hat. Aber die stetig sinkende Mark hat diesen Vorsichtigen doch schließlich recht gegeben. Alle diese Fragen sind in ihren großen volkswirtschaftlichen Zusammenhängen zu sehen und nicht in den hohlen Schlagworten der Tagesagitator. Aus diesem Grunde würde auch eine Reichstagsauflösung die Behandlung der Steuerfrage nicht verfehlen, sondern lediglich in einen erbitterten Streit um Schlagworte ausarten lassen!

Die Kreditaktion der Industrie.

Dr. Berlin, 19. Nov. Wie die Blätter erfahren, fand gestern eine Besprechung zwischen den Ausschüssen der Fiskus und des Reichsverbandes der deutschen Industrie über die Kreditaktion statt. Es wurde beschlossen, dem Reichsminister ein Schreiben zu überreichen, in dem zum Ausdruck kommt, daß der Reichsverband der deutschen Industrie seine Bereitwilligkeit zur Einleitung einer Kreditaktion aufrechterhalte.

Die „Köln. Zig.“ berichtet dazu, daß dieses Schreiben von den beteiligten Kreisen als eine geeignete Grundlage zur Weiterführung der Kreditaktion und für Verhandlungen wegen Aufnahme eines internationalen Kredits betrachtet werde.

Die Reparationskommission verlangt Zahlung der Januarrate.

Dr. Berlin, 19. Nov. Die Reparationskommission wird voraussichtlich heute abend Berlin verlassen. Als Ergebnis der Verhandlungen zwischen der Kommission und der Reichsregierung standen die Blätter feststellen zu können, daß die Ententemächte auf ordnungsmäßiger Erfüllung der am 15. Januar fälligen Reparationsverpflichtungen von 500 Millionen Goldmark bestehen. Die Reparationskommission sei zu der Ansicht gekommen, daß die deutsche Regierung in der Lage sei, den notwendigen Betrag von der deutschen Industrie zu erlangen.

Stinnes reist nach London.

Dr. Berlin, 19. Nov. Nach dem „B. L. A.“ wird der deutsche Großindustrielle Hugo Stinnes in London erwartet; er soll dort von wichtigen Stellen empfangen werden. Die Reise soll nach einer Fühlungnahme mit Lord George zustandekommen sein. Man rechnet damit, daß schon in ganz kurzer Zeit wichtige Unterhandlungen zwischen dem Leiter der englischen Politik und Stinnes stattfinden werden, die sich in der Hauptfrage um Deutschlands Wirtschaftslage drehen dürften.

Eine deutsche Anleihe in New York?

Dr. Berlin, 19. Nov. (Eig. Drahtbericht.) Wie die „Deutsche Zeitung“ erzählt, soll der Bankier Anton von Hochschild nach New York gereist sein, um dort über eine deutsche Anleihe zu verhandeln.

Amerika gegen übermäßige Forderungen an Deutschland.

Dr. London, 19. Nov. Eine hier verbreitete Nachricht aus Washington meldet, die amerikanische Regierung treibe auf dem Standpunkt, daß die augenblicklich von Deutschland geforderten Zahlungen übermäßig seien, und daß Frankreich und Italien Abänderungen zustimmen müßten.

Die Vertreter der Gewerkschaften bei General Kollat.

Dr. Berlin, 19. Nov. (Eig. Drahtbericht.) Gestern nachmittag besaßen sich die Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Christlichen Gewerkschaften und der Christlichen Gewerkschaften nach vorausgegangenem Vereinbarung zum Vorsitzenden der internationalen Kontrollkommission General Kollat, um ihm in rüchhaltiger Aussprache die außerordentlich schweren Folgen seines Vorsehens für die deutsche Arbeiterschaft und für das Verhältnis der deutschen Arbeiterschaft zu Frankreich darzustellen. Sie betonten ihm gegenüber, daß sie als Vertreter von 13 000 000 deutschen Arbeitern der allerbedeutendsten Forderungen trügen, aber darin einig seien, daß eine Wiederholung der Forderungsmassnahmen nicht nur in nationalitätlichen Kreisen, sondern auch in Kreisen der deutschen Arbeiterschaft tiefe Empörung hervorrufen würde. General Kollat gab beruhigende Versicherungen ab.

Dr. Paris, 19. Nov. (Eig. Drahtbericht.) Dem „Matin“ wird aus Berlin gemeldet, die Kontrollkommission könne trotz ihrer Geneidtheit, die Interessen der deutschen Arbeiter zu berücksichtigen, auf die Umwandlung der Waffenfabriken nicht verzichten. Die deutsche Regierung werde eine Frist von 5 Monaten erhalten, um diese Umwandlung zu bewerkstelligen. Die Kommission könne Deutschland nicht die Möglichkeit lassen, die deutsche Bevölkerung zu bewaffnen. Sie zweifle nicht an der Loyalität der jetzigen Regierung, wolle aber nicht, wie die nächste Regierung ausfallen würde. Die deutschen Nationalisten bemühten sich, die Arbeiter der Deutschen Werke gegen Frankreich aufzuheizen, indem sie ihnen lauten, durch das Verlangen der internationalen Kommission würden 45 000 Arbeiter brotlos. Diese Zahl sei aber nach der Ansicht der Kommission falsch.

Deutscher Reichstag.

Dr. Berlin, 18. Nov. (Eig. Drahtbericht.) Nachdem zu Beginn der heutigen Sitzung des Reichstags 26 kleine Anfragen ihre Erledigung gefunden hatten, schritt man zur ersten Beratung des Gesetzentwurfs über den Westpostverein. Ohne weitere Debatte wurde die Vorlage nach einem kurzen Referat in allen drei Lesungen erledigt. — Es folgte die zweite und dritte Beratung des Gesetzes über Reichsmaßnahmen zur Unterstützung von Empfängern von Renten aus der Invalidenversicherung. Einleitend erklärte Reichsarbeitsminister Braun, im Hinblick auf die Geldentwertung müsse eine Aufbesserung der Rentenempfänger eintreten. Die Vorlage stelle eine Art Reichsmaßnahme dar. Das Reich sei bereit, obwohl nach der heutigen Rechtslage die Fürsorge an sich Sache der Gemeinden und Länder sei, den größten Teil der Lasten zu tragen. Eine Beteiligung der Gemeinden sei unerlässlich. Der Minister stellte ferner fest, daß für die Unfallrentner eine Neuordnung der Rentensätze in einem besonderen Gesetz vorzuziehen sei, das in den nächsten Tagen dem Reichstag zugehen werde.

Als erster Redner sprach der Deutschnationale Koch (Düsseldorf), der die Hinzuziehung der Gemeinden bedauerte. Die Deutschnationalen beantragten, die Gemeinden nur mit 10 Prozent, und nicht, wie die Vorlage vorsehe, mit 20 Prozent heranzuziehen.

Dem Abg. Karsten (U. S.) ging die Regierungsvorlage nicht weit genug und seine Partei hat daher eine Anzahl Anträge eingebracht, die eine Erhöhung der vorgeschlagenen Raten vorsehen und auch den Kreis der Empfänger weiter ausdehnen wollen.

Dem trat der Abg. Andre (Zentr.) entgegen. Wir seien zu arm, um über den Rahmen des Gesetzes hinauszugehen. Vor allen Dingen müsse daran festgehalten werden, daß nur die wirklich Bedürftigen den Zuschuß erhalten.

Ähnlich äußerte sich der demokratische Abg. Felsent. Im Gegensatz zu dem Redner des Zentrums erklärten sich die Demokraten mit der Finanzierung des Gesetzes nicht einverstanden. Wenn das Reich diese neuen schweren Lasten tragen solle, so führe dies zu einer Überbewertung mit neuem Papiergeld. Er verlangte, daß die neue Erhöhung aus der Reichsversicherung selbst durch neue Beiträge gedeckt werden müßten.

Der Kommunist Barth beantragte seinerseits die von seiner Partei eingebrachten Anträge, die rein agitatorische Zwecke verfolgten.

Der Abg. Meier (Soz.) bedauert, daß man bei der Vorlage nicht ganze Arbeit gemacht habe und möchte die Bedürfnisfrage nicht gestellt wissen. Alle anderen Anträge lehnen die Sozialdemokraten ab.

Der volksparteiliche Abgeordnete Thiel stimmte im großen und ganzen dem Gesetzentwurf zu.

Auch der Vertreter der Bayerischen Volkspartei, Abg. Schwaiber, stimmte der Vorlage zu.

Darauf beantragten die Kommunisten noch eine Anzahl sehr eingehender Anträge, die zu einer lebhaften Diskussion, an der sich Redner aller Parteien beteiligten, führten. Aus der Debatte ging hervor, daß sich bereits die Kommission mit diesen Anträgen befaßt habe, sie aber als unzureichend durchführbar ablehnte. Auch die Abstimmung gestalts sich teilweise geradezu dramatisch, da der Abg. Thiel (D. Vpt.) gegen den Widerspruch sämtlicher Parteien außer den Deutschnationalen noch in zweiter Lesung Änderungen an dem Gesetzentwurf vorgenommen wissen wollte. Schließlich wurde der gesamte Gesetzentwurf auch in der dritten Lesung angenommen.

Bei der Festlegung der Tagesordnung kam es noch einmal zu scharfen Zusammenstößen zwischen der Rechten, den Regierungsparteien und der Linken, die einzelne Punkte der nächsten Tagesordnung an den Anfang gesetzt wissen wollten. Da die Abstimmung kein bestimmtes Ergebnis ergab, mußte Hammelburg voranommen werden, an dem sich die Regierungsparteien nicht beteiligten, so daß das Haus beschlußunfähig war. Der Präsident bestimmte dann schließlich die Reihenfolge der Tagesordnung. Um 8.45 Uhr vertagte man sich auf Samstag, 12 Uhr.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Dr. Berlin, 18. Nov. Der volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstags nahm den Zentrumsantrag an, sich grundsätzlich mit der Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, etwa um ein Drittel, einverstanden zu erklären.

Vorläufig keine Beamtenanwärter beim Reich.

Dr. Berlin, 18. Nov. Im Reichstagsauschuss für die Beamtenangelegenheiten wurde heute folgende allgemeine gefasste Entschiedenheit Degler (D. Rf.) angenommen: Die Reichsregierung zu ersuchen, die Einstellung von Beamtenanwärtern in allen Zweigen der Reichsverwaltung bis zur Beratung des Reichsbauhafts für 1922 zu vertagen und die freizuerwerbenden planmäßigen Beamtenstellen, unbeschadet der Rechte der außerselbständigen Beamten, nach Möglichkeit mit Parteigewerksmitgliedern und Beamten aus den abgetretenen Gebieten zu besetzen.

Rathenaus Wiederkehr.

Dr. Berlin, 19. Nov. (Eig. Drahtbericht.) Wie man aus parlamentarischen Kreisen erzählt, soll die Wiederkehr eines Rathenaus mit dem Wosten des Wiederkaufes unmittelbar bevorstehen.

Eine deutsche Dieselnote.

Dr. Berlin, 19. Nov. (Eig. Drahtbericht.) Reichsminister Dr. Meier ist im Besitz einer Protokolle wegen der Dieselmotoren. Die Note ist an die Botenkonferenz gerichtet und protestiert gegen die Haltung der Kontrollkommission, die das Recht für sich in Anspruch nimmt, die Herstellung eines bestimmten Maschinenbaus zu untersagen. Die Note erklärt die Botenkonferenz, die Kommission anzusehen, von ihrem Verlangen Abstand zu nehmen, da die geforderten Maßnahmen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands stark beeinträchtigen würden.

Der 3. Nachtragsetat für 1921 vor dem Reichsrat.

Dz. Berlin, 19. Nov. Der Reichsrat beschäftigte sich gestern mit dem dritten Nachtragsetat für 1921. Wie der Berichterstatter ausführte, enthält der Nachtragsetat zum ersten Male den Betrag für die auf Grund der Annahme des Londoner Ultimatus im Rechnungsjahre 1921 zu leistenden Reparationszahlungen, die nunmehr im ordentlichen Etat 95,1 Milliarden im außerordentlichen Etat 17,1 Milliarden erfordern. Bei weiterem Sinken der Mark sei mit einer Erhöhung dieser Summe zu rechnen. Im einzelnen sollen im Etat des Reichspräsidenten die Bezüge des Reichspräsidenten um 450 000 Mark erhöht werden. Der Etat des auswärtigen Amtes bringt die Erhaltung der Botschaften in Moskau, die Summe von 20,8 Millionen für den Erwerb, den Ausbau und die Ausgestaltung des Hauses in Paris für die dort bestehende Kommission usw. Im Etat des Reichsministeriums des Innern werden 10 Millionen Mark angesetzt zur Abwehr der aus dem Osten drohenden Seuchengefahr. Für die Opfer von Oppau wird ein weiterer Reichsschuld von 10 Millionen Mark verlangt. 6 Milliarden Mark sind im Etat der allgemeinen Finanzverwaltung vorgesehen zur Entschädigung der Gemeinden für den Ausfall an Einnahmen durch Entziehung des Besteuerungsrechtes der Mindersteuerminder. Der Reichsschuld für Volk und Eisenbahnen macht gegen 20 Milliarden Mark aus. Der Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrages enthält außer den Reparationsausgaben an laufenden Bezahlungskosten noch 5,8 Milliarden Mark. An Ausgaben für die interalliierten Kommissionen sind 12 Milliarden Mark vorgesehen. Die interalliierte Rheinland-Kommission allein kostet 108 Millionen Mark. Die Reparationskommission erfordert 80 Millionen Mark im Jahre. Alles in allem ergibt sich für 1921

ein Gesamtbetrag von 161,6 Milliarden Mark,

wobei zu berücksichtigen ist, daß erst im Etat für 1922 die Reparationslasten in vollem Betrage erscheinen werden. Wir würden dann mit einer Jahresausgabe für die Reparationen von 234,2 Milliarden Mark zu rechnen haben. Dazu kämen noch die Leistungen auf Grund des Wiesbadener Abkommens. Unsere Lage erfordert unaufschiebbare Sparmaßnahmen im Großen wie im Kleinen. Der Reichsrat könne nur den dringenden Wunsch erneuern, daß die Reichsregierung bei der Aufstellung des Etatsentwurfs für 1922 an eine durchgreifende Einschränkung der Verwaltungsausgaben herantritt.

Der Vertreter der osteuropäischen Verwaltung im Reichsrat, Hr. v. G. v. G., richtete an die Regierung die Bitte, den berechtigten Wünschen auf ausreichende Begründung so hoher Ausgabenposten volle Beachtung zu schenken.

Staatssekretär G. d. r. e. schloß sich namens der Reichsregierung der preussischen Staatsregierung diesen Ausführungen ausdrücklich an. Leider seien alle Sparmaßnahmen des Reichsrates bisher ohne Erfolg geblieben.

Reichsminister Hermes erklärte, er könne noch kein vollkommenes Programm der Einsparungsmaßnahmen vorlegen, die notwendig seien, um zu einer Sanierung der gesamten Situation zu kommen. Zur Frage der weiteren Ausbaus der Ministerien betonte der Minister, man müsse sich davor hüten, den Zustand vor dem Kriege und den heutigen auf einer zu schematischen Grundlage zu vergleichen. Durch Einsparungen größerer Rücksichtlosigkeit auf dem Gebiete der Erparnisse kämfe man jedoch eine bessere Grundlage für die unbedingt kommende weitere Diskussion mit der Entente über die Fragen unserer Verpflichtungen aus dem Ultimatum.

Entsprechend den Beschlüssen der Ausschüsse wurde der Nachtragsetat vom Plenum des Reichsrates angenommen.

Abgelehnt wurde der Gesetzentwurf, betr. die Kürzung der Ruhe- und Wartelöhne bei den Versorgungsberechtigten, die ein Einkommen aus gewinnbringender Beschäftigung außerhalb des Reichs- und Staatsdienstes beziehen (Pensions-Kürzungsgesetz). Angenommen wurde der Gesetzentwurf, betr. Änderung der Bestimmungen über die Lohnrückstellungen. Danach ist künftig der Lohn bis zum Betrage von 8000 Mark unpfändbar und darüber hinaus jeder Lohn durchweg nur bis zu einem Drittel.

Die Grundsätze der kommenden Justizreform.

Dz. Berlin, 19. Nov. Der neue Reichsjustizminister Dr. N. d. r. u. äußerte sich einem Fraktionsgenossen gegenüber über die Grundsätze der kommenden Justizreform. Er machte Ausführungen über die kommende Strafrechts- und Strafrechtsreform, über das sogenannte Gesetz zum Schutze der Republik usw. Zum Schluß kündigte er eine große Besprechungsaktion an, die sich auf die von den Sondergerichten gefällten Urteile erstreckt. Sämtliche auf Justizhaus lautende Urteile der Sondergerichte sollen nachgeprüft werden, auch wenn kein besonderes Gnadenersuchen vorliegt. Grundsätzlich sollen alle Verurteilungen beanstandet werden, die als Mittäter des Aufstandes anzusehen sind.

Aus Kunst und Leben.

* Märchenabend Vikma Wändeborg. Ein verdunkelter Saal, ein reichhaltiger japanischer Wandschirm, orientalische Leuchte, zwei Silberleuchter und das warme Licht einer kleinen Frau. Geisterhaft schimmert ihr feingekleidetes Gesicht im Halbdunkel, während magische Lichter über den Saal aus Silberstoff bilden, der von ihren Schultern herabfällt. Vikma Wändeborg, Vektorin an der Hamburger Universität, erzählt in der literarischen Gesellschaft Märchen. Wie Scheherazade in Tausendundeine Nacht dem König ihre Märchen erzählt. Das ist eine schöne Geschichte, aber was bedeutet sie im Vergleich zu jener anderen usw. Wie diesem König erzählt es auch den Zuhörern, die mit atemloser Spannung den letzten und höchsten Geschichten der Frau Wändeborg lauschen: Die Königin ist immer diejenige, die sie gerade vorträgt. Da gibt es deutsche und russische, sibirische und norwegische Märchen, solche der Indianer und solche von fernem, alldiehligen Sibirien. Heitere und traurige, phantastische und grausame, naive und sentimentale Märchen. Einige wie aus Blut und Dunkel gespenstlich auftauchend, andere erfüllt vom Duft frischer Rosenblüten, wieder andere, die lockbaren Geweben mit goldenen Stidereien oder Schmücken von kalten, blühenden Steinen gleichen. Frau Wändeborg lächelt so recht aus der Tiefe der Volksseele. Sie offenbart uns glaubhaft die russische Seele in ihrer abergläubischen Gebundenheit und die sibirische Seele mit ihrer Liebe zu feinen und zierlichen Dingen, sie führt uns zwischen uralte Burgruinen, wo das germanische Gemüt gleich dem Feuer keine Waisein schläft, und unter die grünen Dächer tropischer Palmenhaine, wo die sogenannten Wilden sich in ihre tiefen Legenden einbinden. Eine erotisch bunte Welt blüht aus ihren Worten auf und lockt die Hörer mit fast hypnotischer Kraft in ihren Bann. Man weiß nicht, was man mehr bewundern soll, die vollendete Sprechweise, die Art, wie die Vortragende jeder Erzählung in Sprache und Ausdruck eine andere, nationale Farbe zu geben weiß, oder ihren schalkhaften Humor und die echte, herzerwärmende Nativialität, die sich durchaus von dem affektierten Gehabe gewisser Vortragender von Märchenabenden unterscheidet; gerade auf diesem Gebiete macht sich ja diesfalls ein trauriger Dilettantismus breit. Man gibt sich kritisch dem Zauber einer anmutigen Persönlichkeit hin und versteht so recht das tiefe Sehnen unserer Zeit, in Kunst und Literatur aus einer Überfremdung, die lähmenderdings nicht mehr fortbildungsfähig ist, herauszukommen und sich an dem primitiven und doch so reichen Expressionismus neuen Volkstums zu verjüngen. Es war ein Abend, auf den die literarische Gesellschaft stolz sein kann. Das Publikum löbte den langanhaltenden Beifall. W. W.

Der Landtag über die Kartoffelversorgung.

Br. Berlin, 18. Nov. (Eig. Drahtbericht.) Der preussische Landtag lehnte am Freitag zunächst nach Erledigung einer Reihe kleiner Anfragen die Aussprache über die Kartoffelversorgung fort. Abg. Limberg (Soz.) verlangte strenge Unterlegung darüber, ob die Kartoffeln, die täglich nach dem besetzten Gebiet gingen, auch nicht ins Ausland verhöben würden. Der Redner forderte ausreichende Kontrolle der Exportgewinne und wandte sich gegen weite Kreise der Landwirtschaft, denen er Bücher vorwarf. Auch der Zentrumsabgeordnete Gronowski ging mit denjenigen Landwirten ins Gericht, die für ihre Produkte nahmen, was sie nur bekommen könnten. Abg. Raubner (U. S.) behauptete, daß die Verluste der Gemeinden und Gewerkschaften, unter Ausschaltung des Zwischenhändlers von den Landwirten Kartoffeln zu beziehen, von den meisten Landwirten labotiert worden seien. Von der Deutschen Volkspartei sprach der Abg. Feld, der die Kartoffelnot nur durch eine Transportkrise hervorgerufen glaubte, gegen welche Ansicht sich der Demokrat Kiedel in kurzen Ausführungen wandte. Nach Schlussworten der übrigen Antragsteller wurden die kommunikativen Anträge abgelehnt, alle übrigen Anträge zur Kartoffelfrage angenommen. Der Antrag der Deutschen Nationalen fordert die rechtzeitige Einfuhr von Ersatzmitteln, wie Mais usw. Der Antrag der Deutschen Volkspartei verlangt Vorkehrungen gegen die Verschlebung von Kartoffeln ins Ausland, geeignete Transport- und Tarifmaßnahmen, rückhaltloses Einschreiten gegen Wucherer und wilde Händler und strenge Kontrolle der Kartoffelbörsen.

Es folgte die zweite Beratung des Haushalts der Gesundheitsverwaltung, bei der der neue Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf das Wort ergriß und in kurzen Ausführungen auf die Förderung der Viehzucht sein besonderes Augenmerk zu richten versprach.

Die Weiterberatung wurde dann am Samstag, 11 Uhr, vertagt.

Die Kohlenpreiserhöhungen.

Dz. Berlin, 19. Nov. Auf Grund der Lohnvereinbarung, die am 9. November im Reichsarbeitsministerium zwischen den Arbeitgeber und den Arbeitnehmern der deutschen Bergbauindustrie mit Wirkung vom 1. November 1921 an getroffen wurde, hat gestern der Reichskohlenverband in gemeinsamer Sitzung mit dem arden Ausschuss des Reichskohlenrates folgende durchschnittliche Kohlenpreiserhöhungen (ohne Steuer) beschlossen: Fuhrlohn 182 Mark je Tonne ab 1. Dezember, Niederfahren 145 Mark je Tonne ab 1. Dezember, Sachfen 135,30 Mark je Tonne ab 1. Dezember, Niederfahren 128,80 Mark je Tonne ab 20. November, Rheinische Braunkohlen-Briketts 50,70 Mark je Tonne ab 1. Dezember, Kohle 15 Mark je Tonne ab 1. Dezember, Mitteldeutsche und oberrheinische Braunkohlen-Briketts 80 Mark je Tonne ab 21. November, Kohle 14 Mark je Tonne ab 21. November. Hierbei mußte unter Zustimmung der Reichsregierung dem Einfluß der raschen Geldentwertung der letzten Zeit in gleicher Weise wie bei den Zöhen auch bei den sonstigen Selbstkosten der Kohlengewinnung, insbesondere den Materialkosten, die nachgewiesenermaßen auf 40 Prozent und mehr der gesamten Selbstkosten, also 67 Prozent und mehr Lohnkosten je Tonne Kohle betragen, durch einen Zuschlag von 60 Prozent für die reinen Lohn-Kosten Rechnung getragen werden. Die Beschlüsse sind erlosche nahezu einstimmig.

Auflösung der Berliner Hundertacht zur besonderen Verwendung.

Dz. Berlin, 19. Nov. Auf Veranlassung des preussischen Ministeriums des Innern hat der Berliner Polizeipräsident die Auflösung der in Berlin stationierten Hundertacht zur besonderen Verwendung der Schutzpolizei angeordnet. Dem Vorwärts zufolge ist die Auflösung die Folge der gegen Schandbeamte eingeleiteten Untersuchung wegen Mißhandlung Festgenommener.

Der bayerische Gesetzentwurf gegen die Schlemmerei.

Br. München, 19. Nov. (Eig. Drahtbericht.) Der bayerische Gesetzentwurf gegen die Schlemmerei, der dem Reichsrat vorgelegt werden soll, sieht nach der München-Ausburger Abendzeitung Gefängnis und Geldstrafen bis zu 100 000 Mark und im Wiederholungsfall Zwangshaft bis zu 5 Jahren und Geldstrafen bis zu 200 000 Mark, daneben den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, Überweisung an die Landespolizeibehörde sowie öffentliche Befangenheit der Schuldigen vor. Auch die in Deutschland sich aufhaltenden Ausländer sollen, wenn sie durch schrankenlose Genusssucht Unruhmis erregen, unter die 88 des Schlemmergesetzes fallen. Die Strafen des Gesetzes sollen auf die ebenfalls Anwendung finden können, daneber auch die Ausweisung aus dem Reichsgebiet nach der Strafvollstreckung.

Zum Tod von Eugen Bracht.

* Zum Tod von Eugen Bracht. Mit Eugen Bracht, der nahezu 80jährig in Darmstadt verstorben ist, verliert die deutsche Landschaftsmalerei einen ihrer markantesten Vertreter. Bracht ist der Maler der Heide in dülsterer Herbststimmung und der Maler der Dünenränder Rügens. Er ist am Genfer See geboren, erhielt aber seine erste künstlerische Ausbildung in Darmstadt, ging dann nach Karlsruhe und wurde später Gube-Schüler in Düsseldorf. Ein künstlerischer Mißerfolg ließ ihn auf 10 Jahre von der Malerei Abschied nehmen. Mit seiner Rückkehr zur Kunst befasste er sich nach Karlsruhe über, von wo aus er die besten seiner Bildwerke in die Welt sandte. Durch seine Landschaften ist er schnell berühmt geworden. Nur selten wick er von dem Thema der deutschen Landschaftsdarstellung ab, so wenn er z. B. als Frucht einer Orientreise eine Abenddämmerung am Toten Meer malte, die übrigens Aufnahme unter die Sammlungen der Berliner Nationalgalerie gefunden hat. 1892 kam Bracht als Lehrer nach Berlin und wirkte hier über 20 Jahre. Von Berlin ging er nach Dresden, und es ist noch nicht lange her, daß der greise Künstler sich nach Darmstadt zurückgezogen hat.

Dans Holbein der Jüngere.

* Dans Holbein der Jüngere. Der außerordentlichen Bedeutung Hans Holbeins d. J. ist im Lauf der Zeit ebensoviele wie seinem Werk die Würdigung zuteil geworden, die beispielsweise einem Dürer oder Rembrandt gewidmet wurde. Und doch gebührt diesem wohl am meisten ausgezeichneten deutschen Maler von unbedingtem europäischer Geltung auch heute noch, oder gerade heute, ganz besondere Aufmerksamkeit. Ein im Holbein-Berlag in München erscheinendes Buch über das Lebenswerk des Meisters, von dem bekannten Kunsthistoriker Kurt W. F. K. wird dieser Forderung mit dichterischem Schwung und bemerkenswert nachdrücklicher Einfühlung in das dankbare Gebiet gerecht. Dem gelangt es mit einfachen Worten, klar zum Ausdruck zu bringen, was die Bedeutung dieses Mannes ausmacht und seinen Werken ewigkeitswert gibt. Holbein hat, so hat er in dem mit 80 Bildtafeln und zahlreichen Abbildungen geschmückten Buch, zum erstenmal wieder seit der Antike den Menschen im Mittelpunkt des Weltgeschehens verankert, ihn zum Maß aller Dinge gesetzt. In einer Zeit, die vom Vörm der Glaubenssätze drängt, schaffte er, unbefürmert um Dogma und Zensur, um alten Glauben und Reformation, das Gesicht des irdischen Menschen. Der Weltbegriff vom klaren, unerschütterlichen Ablauf der Naturgesetze und einem durchaus diesseitigen Menschen ist die geistige Parallele zu Holbeins Bildwerk. — In einem im gleichen Verlag erscheinenden Buch „Der Totentanz“ und Holbeins 40 Holzschnitte dieser Bezeichnung vorerzählt. Es handelt sich um Holzschnitte

Wiesbadener Nachrichten.

Stadtverordnetenversammlung vom 18. November 1921.

Die Tagesordnung der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wies nicht weniger als 19 Punkte auf, und zwar meistens von großer Wichtigkeit. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der stellvertretende Vorsitzende Gerhardt, der die Verhandlungen leitete, eine Eingabe des Gewerkschaftsbundes betr. das Arbeitsverhältnis einiger Angestellten bei der Landesbibliothek bekannt, das nach einiger Diskussion an die Beschwerdebekommision verwiesen wurde. Dann wurde die

Einführung und Verpflichtung des neuen Stadtrats

für das Arbeitsamt, Herrn Hollein aus Jena, vollzogen. Herr Bürgermeister Travers wies darauf hin, daß beschlossen worden sei, die Leitung des städtischen Arbeitsamts einem hauptamtlichen Deputierten zu übertragen und benutzte er die Gelegenheit, dem bisherigen verdienstvollen, ehrenamtlichen Leiter in diesem Amt, Herrn Stadtrat Meier, für seine erfolgreiche Tätigkeit namens des Magistrats nochmals herzlichsten Dank zu sagen. Nach der Vereidigung richtete Bürgermeister Travers freundliche Worte der Begrüßung an den neuen Stadtrat, der durch seine erprobte Tätigkeit im Arbeitsamt in Jena auch hier gute Dienste zu leisten vermöge. Stadtratsvorsitzender Gerhardt schloß sich diesen Worten an mit der Versicherung auf ein harmonisches Zusammenarbeiten. Herr Stadtrat Hollein dankte für das Vertrauen, das man ihm entgegenbringe, sollte keinem Vorgänger Herrn Stadtrat Meier große Anerkennung und sprach dann eindrucksvolle Worte über das Betätigungsfeld des Deputierten eines Arbeitsamts. Der Wiederaufstieg des Vaterlands könne nur mit und durch Arbeit geschehen, um Wohl des einzelnen sowohl wie der Gesamtheit. Er wolle nichts unerfüllt lassen, das ihm geschenkte Vertrauen zu erhalten. — Für den weiteren Ausbau des Städtischen

find, wie der Berichterstatter für den Bauauschuss, Stadtr. Bildner, betonte, 207 000 M. erforderlich, darunter für gärtnerische Arbeiten 183 000 M. Sie sollen für den weiteren Ausbau eines Gräberfeldes und die Errichtung eines Dains Verwendung finden, was sich beides als notwendig erweisen hat; auch wird dadurch die bisher beschäftigten Arbeitern ihre Verdienstmöglichkeit erhalten. Mit einer Übersteuerung der angeforderten Summe ist zu rechnen. Der Vorlage wird einmütig zugestimmt.

Einige größere Debatten entstand über den nächsten Punkt: Beschaffung eines Reichentransportautos.

worüber für den Bauauschuss ebenfalls Stadtr. Bildner berichtete. Danach ist die Stadt in der Lage, im Umkreis gegen drei Lastwagen des städtischen Fuhrparks ein modernes Reichentransportauto zur Beförderung von vier Leichen zu erhalten, sowie ferner einen neuen Sänftwagen (Benzinwagen). — Von verschiedenen Rednern wurden aus pietätswürdigen gegen die Vorlage Bedenken laut, andere dagegen widerwärtigen ihnen. Die Vorlage wurde aber schließlich mit großer Mehrheit angenommen, nachdem besonders darauf verwiesen wurde, daß sich der Hauptzweck fast schon lange auf dem Friedhof selbst beim in der Trauerhalle vollziehe und es für das Städtische doch viel besser sei, wenn die Leichenwagen nur einmal oder zweimal die Straßen passieren als wie bisher in unterbrochener Folge. — Über die Veränderung des Fluchtlinienplans der Augusta-Viktoria-Strasse berichtet für den Bauauschuss Stadtr. Herr Reichwein. Es sollen dadurch hauptsächlich bessere Bauweise geschaffen werden. Es erhob sich kein Widerspruch.

Ein 5-Millionen-Vorlage

stellte die Erweiterung der Maschinenanlagen des städtischen Elektrizitätswerks dar. Es handelt sich dabei, wie für den Finanzauschuss gleichfalls Stadtr. Herr Reichwein ausführte, um folgendes: Durch die in letzter Zeit erfolgten zahlreichen Neuananschlässe von gewerblichen Unternehmungen und Privathäusern reichen die Maschinenanlagen des städtischen Elektrizitätswerks nicht mehr aus. Der Mehrbedarf an elektrischem Strom kann durch Bezug von einem der Nachbarwerke, mit denen das Wiesbadener Werk durch Kabelleitungen zusammengeschlossen ist, gedeckt werden oder durch Vergrößerung der eigenen Maschinenanlagen. Genau aufgestellte Berechnungen haben ergeben, daß der Strombezug von einem der Nachbarwerke zu teuer ist, so daß nur eine Erweiterung der eigenen Anlagen in Frage kommt. Es soll eine neue Dampfmaschine von 7000 PS, mit einer Drehtrommelmaschine aufgestellt werden und gleichzeitig ein besonderer Umformer für die Umformung des Drehstroms in Gleichstrom für Straßenbahnzwecke. Die Anschaffungskosten für diese Maschinen einschließlich der Nebenanlagen betragen heute ungefähr 5 Millionen Mark. — Stadtr. Bildner (Dem.) wirft für seine Person die Frage auf,

Nachbildungen der ersten Ausgabe, in welcher der Künstler der ewigsten aller Modellen, dem Tod und der menschlichen Vergänglichkeit, einprägnante Verdeutschung gibt. Hans Gans hat dem gekammodori ausgestellten Miniaturwerk ein erläuterndes Belegwort gegeben.

* Neue Expeditionen zur Nachprüfung der Relativitätstheorie werden von England und Amerika ausgerüstet werden, um im September n. J. die totale Sonnenfinsternis zu beobachten. Die Forschungskosten gehen nach der Nordwestküste des westlichen Australiens, wo die längste Dauer dieses Himmelsorgangs vom festen Land aus beobachtet werden kann. Die englische Expedition hat zu ihrem Beobachtungsort die Weibachtswinkel, etwa 2000 Kilometer nordwestlich von der australischen Küste, ausgewählt, während das amerikanische Observatorium Wollal an der australischen Küste erloren hat. Der Hauptzweck der Expeditionen besteht darin, von den Sternen in der Nähe der Sonne in dem Augenblick der völligen Verfinsternung photographische Aufnahmen zu machen und diese Aufnahmen zur Prüfung der Einsteinschen Theorie zu benutzen, indem die Lage der Sterne auf den Photographien der Sonnenfinsternis mit Photographien derselben Sterne dergleichen wird, die nach diesem Vorgang genommen werden. Die englische Expedition wird auf der Weibachtswinkel bleiben, bis die Sonnenfinsternis vorbei ist, um so die Vergleichsphotographien unter ganz denselben Bedingungen zu erhalten, während die Amerikaner, die unmöglich längere Zeit in Wollal bleiben können, sich zu diesem Zweck nach der Insel Tahiti begeben, die fast unter demselben Breitengrad wie Wollal liegt.

Kleine Chronik

Bildende Kunst und Musik. Der erste Teil der bekannten Kölner Kunstsammlung Geheimrats Dr. Dormagen wurde vergangene Woche beim Kunstauctionshaus Rath, Lemper (Köln) versteigert. Es zeigte sich auch hier wieder, daß die Wertschätzung österrischer Kunst immer weitere Kreise zieht. Sehr viele Resultate wurden mit über 1000 M. bezahlt, eine ganze Anzahl sogar mit 1500 und 2000 M. Das gleiche gilt von den Scherzschillingen. Auch hier waren Preise von 500 bis 1000 M. für gut gekleidete oder tüchtigere Stücke nichts Seltenes. Die größten Preise der Sammlung fielen freilich auf die Abteilung der Keramik, wo die schönen Schüsseln in samtl. rosa-Malerei Preise von 3000 bis 5800 M. das Stück erbrachten. Die deutschen und belgischen Fananen bewegten sich auf gleicher Preisstufe. Unter den antiken Möbeln wurde ein großer norddeutscher Barockschrank mit 29 000 M. bezahlt.

es bei der aller Wertigkeit anderer dieser Sachverständigen bei solchen großen Ausgaben nicht doch zweckmäßig sein dürfte, vorder das Gutachten von erfahrenen, leitenden Beamten in größeren Städten einzuholen, die Stadtkammerer Schule verneinte, mit dem Hinweis, daß in diesem Fall ein auswärtiges Sachverständigenamt keinen Wert habe. Der Lichtdruck in den Hotels und sonstigen Etablissements sei in letzter Zeit derartig gestiegen, daß sich die Schaffung der neuen Anlagen unbedingt notwendig erwiesen habe. Die Vorlage wurde darauf einstimmig angenommen.

Die beabsichtigte neue Erhöhung der Bäderpreise begründete für den Finanzausschuß Stadtd. Karl Bauer. Darnach müssen die Preise, die erst am 15. September erhöht wurden, nunmehr am 1. Dezember wiederum gesteigert werden, da die fortgesetzten Mehrausgaben dies erforderlich machen. Es ist jedoch gelungen, mit den Privatbädern hausbesitzern ein Abkommen zu treffen, wonach diese in ihren Bädern die entsprechenden Preise ebenfalls einführen unter der Voraussetzung, daß die in den öffentlichen Bädern festgelegt werden und daß insbesondere der Preis für die Warmbäder in den Volksbädern mindestens um 1 M., also von 2 M. auf 3 M. erhöht wird. Die Preise für Kältebäder erhöhen sich von 60 Pf. auf 1 M., für Sitzbäder von 70 Pf. auf 1.25 M., d. i. billiger als in anderen Städten; in Mainz kostet ein Warmbad 2 B. 4 M., ein Kältebad 1.50 M. Eine Abwanderung nach den Privatbädern ist also nicht zu befürchten. Die Preise derjenigen Bäder im Kaiser-Friedrich-Bad, für die die Stadt ein Monopol besitzt, insbesondere die medizinischen Bäder, Heißluft-, Dampf- und elektrische Lichtbäder, Wasseruren, Inhalationen usw., wurden vom 15. September d. J. ab bereits erhöht, um die zwischenzeitlich eingetretene Steigerung der Selbstkosten auszugleichen. Trotzdem muß bezüglich dieser Bäder eine abermalige Erhöhung beantragt werden, da die Kosten weiterhin erheblich gestiegen sind. Die finanzielle Wirkung ist folgende: Der voraussichtliche Zuschuß nach dem Halbjahresabschluss vermindert sich darnach beim Kaiser-Friedrich-Bad um 128 970 M. von 637 457 M. auf 508 487 M., beim Schützenhof- und Gemeindepark ergibt sich eine Mehreinnahme von 25 400 M., so daß ein Ueberschuß von 484 000 M. erzielt wird, bei den Volksbädern (für 3 Anstalten im Betrieb) vermindert sich der Zuschuß um 18 275 M., von 242 938 M. auf 224 663 M. Der Gesamtschluß erhöht sich also von 901 201 M. um 172 645 M. auf 728 556 M. Bei einem Bereich des Ertrags zwischen den einzelnen Anstalten ist beim Kaiser-Friedrich-Bad die Erhöhung vom September bis 31. März 1922 mit 78 000 M. einzurechnen, so daß sich für dieses ein Gesamtertrag von 128 970 M. und 78 000 M. = 204 970 M. ergibt; auf das Jahr berechnet würde die Gesamterhöhung einen Betrag von rund 700 000 M. ausmachen. — Stadtd. Böning (Voi.) kritisierte, daß in den vom Magistrat zu der Vorlage angelegenen Unterlagen in erster Linie die Lohnsteigerung angeführt sei, während sich dieselbe doch aus der fortgesetzten Preissteigerung ergebe, einen Vorwurf, den der Stadtdirektor Dr. H. K. zurückwies mit dem Bemerkung, daß die Löhne den Hauptkosten darstellten und Stadtd. Karl Bauer unter Beizeugung betonte, daß er als Berichterstatter die Steigerung der Löhne nicht zuerst genannt habe. — Eine lebhaft umstrittene Frage ist bekanntlich die Angliederung

des Schwimmbads im Luaua-Biktorja-Bad. Die Stadtverordneten-Versammlung hat leiterzeit 70 000 M. dafür bewilligt. Nach den Ausführungen des Berichterstatters für den Finanzausschuß Karl Bauer standen den Einnahmen von 98 040 M. an Ausgaben 178 900 M. gegenüber, so daß ein Zuschuß von 80 860 M. erforderlich wäre, der sich aber durch die einseitige Fortführung aus der Erhöhung, so daß weitere 40 000 M. zu bewilligen sind. Ingesamt wurden 27 704 Bäder verabsichtigt. Wenn nun der Betrieb auch während der Wintermonate, d. h. bis zum 1. März, weitergeführt werden soll, wie dies die Schwimmportfremde verlangt, so werden die Einnahmen daraus auf 47 850 M., die Ausgaben aber auf 248 150 M. geschätzt, so daß für diese Zeit ein weiterer Zuschuß von über 200 000 M. erforderlich wäre. Finanzausschuß und Magistrat bestritten deshalb, das Bad, das in den letzten Tagen übrigens nur einen ganz geringen Besuch aufzuweisen habe, schon am 23. November zu schließen. Dagegen wird im Verlauf der sehr eingehenden Debatte von Stadtd. Fr. Jigen (Voi.) Widerspruch erhoben, indem sie in längeren Ausführungen betonte, daß man der Jugend das Opfer hätte bringen sollen. Auch Stadtd. Böning (Voi.) weist auf die große Bedeutung der Jugendpflege hin, kann sich jedoch der technischen Schwierigkeiten, die sich der Offenhaltung des Bades während der Wintermonate entgegenstellen, nicht verschließen. — Stadtd. Rettenbach (Sond.) hätte es für richtiger gehalten, wenn man bei der Schaffung des Luft- und Sonnenbads „Hollspart“ die Kosten für Errichtung eines Schwimmbads dort verwendet hätte, die Stadtd. Reinsperger (L. S. B.) und Greis (Komm.) haben an der bisherigen Leitung des Schwimmbads allerlei auszuüben, da offenbar einzelne Vereine und Schwimmer vorgezogen und die Arbeiterportoren nicht berücksichtigt worden seien. Demgegenüber erklärt Bürgermeister Travers, daß dies nicht der Fall sei, sondern die Nichtberücksichtigung der Wünsche der Arbeiterportoren darauf zurückzuführen sei, daß dieser Verein erst nachträglich gegründet wurde. Nachdem noch der Berichterstatter Stadtd. Karl Bauer gegenüber die verschiedenen Bemerkungen von Stadtd. Fr. Jigen (Voi.) betonte, daß sich der Finanzausschuß sehr ernsthaft und eingehend mit der Sache befaßt habe, aber zu dem Schluß gekommen sei, daß es nicht angehe, für eine so geringe Zahl von Personen, die jetzt für das Schwimmbad in Betracht kommen, 20 000 M. zuzulegen, wurde die Bewilligung des Rechnungsschlusses von 40 000 M., zugleich aber auch die Schließung des Bads am 23. November mit sehr großer Mehrheit beschlossen. — Dann kam die

Erhöhung der Pflanzfläche im künftigen Krankenhaus, die bekanntlich schon die letzte Stadtverordnetenversammlung beschloß, hat, erneut zur Verhandlung. Stadtd. Jung als Berichterstatter betonte, daß der Finanzausschuß nunmehr erneut beschlossen habe, es doch bei den Säben von 35 M. pro Tag für die Krankenfallsmitglieder und einheimischen Selbstzahler zu belassen, zumal die Forderung in der Zwischenzeit mit ihrer rapiden Preissteigerung noch dringender geworden sei. Denn der Selbstkostenpreis, der nach der Beratung vor 14 Tagen auf durchschnittlich 45 M. pro Tag berechnet wurde, habe sich bereits weiter auf 51.30 M. erhöht und es sei klar, daß sich auch in den letzten 18 Tagen des Monats November die Lebenshaltung weiter sehr verteuert habe. Die durchschnittlichen Selbstkosten des künftigen Krankenhauses würden sich heute so auf 55 M. pro Tag und Patient stellen, und müsse die Stadt ohnehin schon einen wesentlichen Beitrag leisten. Der sozialdemokratische Antrag sei aber hauptsächlich deshalb herabgesetzt worden, um die Wirkung einer eventuellen Ermäßigung der Pflanzfläche auf 30 M. auf die übrigen hiesigen Krankenhäuser zu prüfen. Diese haben nun einstimmig erklärt, daß sie unbedingt eine Erhöhung der Pflanzfläche verlangen müßten, da sie sonst ihre Anstalten in dieser Weise nicht weiterführen könnten. — Stadtd. Piesler (Sond.) vertritt mit großem Nachdruck den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion und der Krankenkassen, die nach wie vor die Forderung stellen, daß für Krankenfällen und Selbstzahler eine Übergangszeit geschaffen und für die der Sach vorläufig auf 30 M. bemessen werden müsse. Der Redner führt dann insbesondere auch lebhaft Beschwerde über schlechte Verpflegung im künftigen Krankenhaus, die in einer Sitzung der vereinigten Kranken-

lassen Wiesbadens von Vertretern der Kleinsten bis zur größten Klasse zum Ausdruck gebracht worden seien. Er wolle wohl, daß man Selbstkosten von Patienten oft auf ihren Krankheitszustand zurückzuführen habe, bei der Einmütigkeit aber, bei der diese Beschwerden vorgebracht worden seien, könnten diese nicht alle ohne weiteres unbegründet sein. — Stadtd. Krüde (Voi.) weist darauf hin, daß die Spannung zwischen dem Selbstkostenpreis und den Pflanzflächen in der Zwischenzeit noch viel größer geworden sei; die Hauptsache aber sei, daß die anderen Krankenhäuser mit einem niedrigeren Satz als 35 M. nicht auszukommen vermöchten. — Aus der weiteren Krankenausdebatte ist noch bemerkenswert, daß sich Stadtd. Gräßler (Zentr.) für den sozialdemokratischen Antrag erklärt, und Stadtd. Frau Köhler (Voi.) besonders darauf hinweist, daß in künftigen bedürftigen Selbstzahlern eine Preisermäßigung gewährt werde, wenn sie sich an das Fürsorgeamt wendeten. — Die Vorlage wurde schließlich mit 26 gegen 34 Stimmen angenommen; mit der Sozialdemokratie stimmten auch vereinzelt Mitglieder der verschiedenen anderen Parteien.

Zur Schützenhofangelegenheit hob der Berichterstatter hervor, welche ganz besondere Zweckbestimmung dieses Instituts habe. Das Altersheim komme nur für Einheimische in Betracht, die sowohl in finanzieller Beziehung als auch bezüglich der Pflege bedürftig seien und deren Verhältnisse vorher durch das Fürsorgeamt geprüft würden. In der Bäderabteilung sollen die Preise von 20 auf 30 M. (anstatt 25 M.), im Altersheim von 17 auf 22 M. (in der ersten Etage auf 25 M.), für Krankenfallsmitglieder von 20 auf 23 M. erhöht werden. Außerdem soll künftig ein Zuschlag von 3 M. pro Monat für ärztliche Behandlung erhoben werden. Die Vorlage wird angenommen. — Über den Entwurf einer

neuen Vergütungs- und Lohnsteuerordnung berichtet für den Finanzausschuß Stadtd. Karl Bauer. Es sind nämlich für das ganze Reichsgebiet geltende Bestimmungen erlassen worden, denen sich die einzelnen Bestimmungen der Gemeinden anpassen haben. Die vorgelegte neue Vergütungsordnung der Stadt Wiesbaden hält sich im allgemeinen an den Grundlinien dieser Reichsordnung. Die Steuer für Lichttheater wird nach Maßgabe der vorhandenen Einkünfte gesteuert. Dabei ist die Berücksichtigung der Steuern aus, daß der Magistrat nicht mehr Einfluß auf die Aufführung der Filme habe, als man bisher wahrnehmen konnte. Für Musikinstrumente, Orchestern in den Gastwirtschaften usw. bringt die neue Ordnung eine Ermäßigung. Eine Lohnsteuer wird neu geschaffen, deren Ertrag man auf 15 000 M. bemittelt. — Die Vorlage wird einstimmig angenommen. — Über die

Änderung des Branntwein- und Bierakzisetarifs berichtet für den Finanzausschuß Stadtd. Greiff. Es wird darin die Erhöhung der Bierakzise auf 10 M. pro Hektoliter und für Branntwein auf 22.50 M. pro 50 Liter vorgeschlagen. Die Vorlage wird ebenfalls debattelos angenommen.

Das Brauereientgelt soll entsprechend einem Vorschlag der Kur- und Bäderdeputation, zunächst nicht mehr neu verhandelt, sondern auf Rechnung der Stadt betrieben werden. Zum Ankauf der Maschinen und des Geschäftsinventars sind 110 000 M. erforderlich, welcher Betrag vom Maschinenbauamt als mäßig angesehen wird. Weitere 60 000 M. sind zur Übernahme der am 1. Januar 1922 vorhandenen Warenbestände anzubringen; die Summen sollen durch eine Anleihe aufgebracht werden. — Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

Stadtd. Frau Köhler berichtet sodann über einen Antrag zur Organisation der häuslichen, gewerblichen und kaufmännischen Berufsschule (Vollfortbildungsschule). Es handelt sich dabei um eine Neuorganisation des durch die Lehrkräfte zu zahlenden Schulgeldes. — Wird einstimmig angenommen.

Über die Einleitung einer Wohnungskommission berichtet für den Wahlaustrich Stadtd. Krüde, eine Vorlage, mit der sich die Stadtverordneten-Versammlung ebenfalls schon vor 14 Tagen zu befassen hatte. In der Zwischenzeit ist man sich über die Aufgaben der Kommission klar geworden. Sie soll dazu da sein, die Beschwerden über das Wohnungswesen zu prüfen und im allgemeinen eine Gutachterfunktion auszuüben. Mit der direkten Vergebung von Wohnungen usw. soll sie dagegen nichts zu tun haben; diese liegt vielmehr nach wie vor dem Wohnungswesen ob. Nach kurzen Bemerkungen des Stadtd. Döberhoff (Sond.), daß in diese Grundzüge nicht befriedigt, er aber immerhin von allgemeinen Gesichtspunkten aus die neue Einrichtung begrüße, wurde die Wahl der Kommission vorgenommen. Sie besteht aus drei Magistratsmitgliedern, den Stadträten Holl Meier und Schwan, fünf Stadtverordneten Hansmann, Frau Köhler, Reußler, Döberhoff und Bauha, in einem Vertreter des Hausbesitzervereins (Hartmann) und des Mietervereins (Holsbäuser). Der Vorsitz soll der neue Deserent der Bauverwaltung übernehmen.

Über einige Änderungen der Besoldungsvorschriften berichtet für den Organisationsausschuß Stadtd. Kameleit, wobei es sich hauptsächlich um die Gewährung von Kinderbeihilfen an Beamte handelt. Wird angenommen. — Über die Prüfung der Jahresrechnung für 1917 berichtet für den Rechnungsausschuß Stadtd. Pfeiffer (Sond.). Es entsteht dabei eine kurze Debatte über die Aufgaben des Rechnungsausschusses, und die Frage der Zweckmäßigkeit der Bildung einer neuen Kommission, woran sich die Stadtverordneten Böning und Weber (Voi.) sowie Stadtkammerer Schulte und Bürgermeister Travers beteiligten. Die Rechnung wird genehmigt und Entlastung erteilt. — Für das Mietverordnungsamt wird als neuer Vermietungsleiter Louis Romberger und als sein Erbkann Louis Fischer gewählt. — Die endgültige Genehmigung des Vertrags über den Ankauf von mauerbau-kostenlos Gelände in der Gemarkung Schierstein und der Ankauf einer Grundstücke im Distrikt „Rühberg“ vom dem Zentralstudienfonds werden debattelos an die Kommission verwiesen. — Die im Anhang an die Verhandlungen vorgelegene geheime Sitzung fiel aus.

Stenotypik. Bei den berufstündlichen Vorträgen im Rathaus sprach Herr Lehter Paul über den Stenotypistenberuf. Redner führte unter anderem folgendes aus: Der Stenotypist, die Stenotypistin muß imstande sein, die diktierten Briefe, Berichte, Verhandlungen und dergleichen nachaufstengraphieren, das Stenogramm fließt wiederzulesen und die Übertragung rasch und sorgfältig auf der Schreibmaschine anzuleiten. Wer darin Tätiges leisten will, der muß eine gute Allgemeinbildung, gute Rechtschreibung, rasche Auffassungsgabe, gutes Gehör, eine feste Hand und einen gesunden Körper anzuweisen haben. Es ist Vorbedingung, ein System gründlich zu beherrschen, und dann die Willenskraft, so lange zu üben, bis man eine bestimmte Fertigkeit im Stenographieren und Maschinen-schreiben erzielt hat. Gute Stenotypisten und -istinnen sind leicht zu finden. Der Stenotypist dagegen schadet der Dienststelle, sich selbst und bringt die Stenographie in Mißkredit. Die Stenographie mit hohen Leistungen wird als die beste Erziehung gegen Stellenlosigkeit bezeichnet. Die Ausbildungszeit ist, wenn man sich nur auf die beiden Fächer verlegt, nicht allzu lang, die Kosten verhältnismäßig gering und die Anfangsbedingungen sind an kein bestimmtes Alter gebunden. Der gewandte Stenograph, der flotte Maschinen-schreiber (die Schreiberin), wird unter sonst gleichen Bedingungen überall bevorzugt. Wer keine Energie zum Üben aufzuweisen hat, der bleibe dem Steno-

typistenberuf fern. Herr Paul schloß seine Ausführungen mit den Worten: An der Spitze, d. h. für den Tüchtigen, ist immer Platz.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

Stadtheater. Sonntag, den 19. November, Ab. 8: „Triften und Jodel“. Ab. 10: „Die Gassenhauer“. Montag, den 20. Ab. 8: „Cavalleria rusticana“ und „Der Bojazzo“. Ab. 10: „Die Gassenhauer“. Dienstag, den 21. Ab. 8: „Die Gassenhauer“. Ab. 10: „Die Gassenhauer“. Mittwoch, den 22. Ab. 8: „Die Gassenhauer“. Ab. 10: „Die Gassenhauer“. Donnerstag, den 23. Ab. 8: „Die Gassenhauer“. Ab. 10: „Die Gassenhauer“. Freitag, den 24. Ab. 8: „Die Gassenhauer“. Ab. 10: „Die Gassenhauer“. Samstag, den 25. Ab. 8: „Die Gassenhauer“. Ab. 10: „Die Gassenhauer“.

Konzerthaus. Sonntag, den 19. November, Ab. 8: „Die Gassenhauer“. Montag, den 20. Ab. 8: „Die Gassenhauer“. Dienstag, den 21. Ab. 8: „Die Gassenhauer“. Mittwoch, den 22. Ab. 8: „Die Gassenhauer“. Donnerstag, den 23. Ab. 8: „Die Gassenhauer“. Freitag, den 24. Ab. 8: „Die Gassenhauer“. Samstag, den 25. Ab. 8: „Die Gassenhauer“.

Konzerthaus. Sonntag, den 19. November, Ab. 8: „Die Gassenhauer“. Montag, den 20. Ab. 8: „Die Gassenhauer“. Dienstag, den 21. Ab. 8: „Die Gassenhauer“. Mittwoch, den 22. Ab. 8: „Die Gassenhauer“. Donnerstag, den 23. Ab. 8: „Die Gassenhauer“. Freitag, den 24. Ab. 8: „Die Gassenhauer“. Samstag, den 25. Ab. 8: „Die Gassenhauer“.

Kunst- und Vortragsabende.

Ein Abend beim rheinischen Volk. Die Rheinischen Arbeitervereine veranstalten am Sonntag, den 20. November, einen Vortragsabend. Der Vortragsabend wird zum Behen des Doppeljahres angeordnet. Das Programm bringt interessante Vorträge über die Arbeiterbewegung und die Kulturgeschichte. Die Vorträge werden von den besten Vortragskünstlern gehalten.

Konzerthaus. Sonntag, den 19. November, Ab. 8: „Die Gassenhauer“. Montag, den 20. Ab. 8: „Die Gassenhauer“. Dienstag, den 21. Ab. 8: „Die Gassenhauer“. Mittwoch, den 22. Ab. 8: „Die Gassenhauer“. Donnerstag, den 23. Ab. 8: „Die Gassenhauer“. Freitag, den 24. Ab. 8: „Die Gassenhauer“. Samstag, den 25. Ab. 8: „Die Gassenhauer“.

Konzerthaus. Sonntag, den 19. November, Ab. 8: „Die Gassenhauer“. Montag, den 20. Ab. 8: „Die Gassenhauer“. Dienstag, den 21. Ab. 8: „Die Gassenhauer“. Mittwoch, den 22. Ab. 8: „Die Gassenhauer“. Donnerstag, den 23. Ab. 8: „Die Gassenhauer“. Freitag, den 24. Ab. 8: „Die Gassenhauer“. Samstag, den 25. Ab. 8: „Die Gassenhauer“.

Sport.

Fußball. Sportklub Nassau 1920 begibt sich am Sonntag mit seiner 1. und 2. Mannschaft nach Sonnenberg, um gegen die dortige Spielvereinigung ein 7. Verbandsspiel auszutragen. Die 1. Mannschaft spielt ihr Rückspiel gegen Sp. Siebich 19. 1. Ab. 1. und 2. Jugendm. werden in Mainz von R. K. 07 1. und 2. Jugendm. zu einem Privatlokal erwartet. 3. Jugend spielt ihr Rückspiel gegen 3. Ab. — Freie Turner. Wiesbaden spielten gegen Freie Turner Siebich 1. Die 1. Mannschaft gewann 5:0, während die 2. 11:0 die 3. Mannschaft der „Freien Turngemeinde“ Dohheim spielte. Am Sonntag fährt die 1. und 2. Mannschaft der Freien Turner nach Kassel, um gegen die Borussia zum Retourlokal anzutreten. — Am Sonntag spielte die 1. Mannschaft des Sportklubs Viktoria Wiesbaden 1920 gegen die gleiche Mannschaft des Fußballvereins Eick 1. 1.

Radlauf. Am Sonntag fand der Radlauf des Wiesb. Stadt- und Landverbandes für Verhinderungen statt. Am Start unter den Eichen waren 7 Mannschaften mit zusammen 56 Läufern erschienen. Die Laufstrecke führte vom „Café Orient“ den Karl von Abel-Weg entlang bis zum Waldhause, die Waldhause-Weg über Watter Straße hinauf und dann der Watter Straße hinab zum Ziel „Unter den Eichen“. Das Ergebnis des Laufs war folgendes: 1. Preis: Interim, am. Turn- und Sportvereine; 2. Preis: Lichtkulturmilitär; 3. Preis: Turngesellschaft Wiesbaden; 4. Preis: Germania Wiesbaden; 5. Preis: Viktoria Wiesbaden. Der erste Läufer passierte trotz anstrengender Laufstrecke bereits nach 15 Minuten das Ziel. Bei Viktoria Wiesbaden muß noch Lobend erwähnt werden daß von 8 Läufern 7 das Ziel erreichten. Auch bei dem anschließenden Stiefellauf wurden von den Läufern des Schwimmklubs Wiesbaden schöne Leistungen erzielt.

Handelsteil.

Berliner Börse.

§ Berlin, 19. Nov. Die Abschwächung am Devisenmarkt scheint bereits wieder vorüber zu sein und eine erneute Befestigung eintreten zu wollen. Die Verlautbarungen aus den Kreisen der Reparationskommission, wonach diese die Aufgabe habe, zwecks Regelung der nächsten Zahlung Deutschlands am 15. Januar 1922 mit den zuständigen Stellen in Deutschland in Verbindung zu treten und die auf prompte Zahlung drängen, haben die Hoffnungen auf eine Erleichterung so ziemlich zunichte gemacht und lassen die weitere Lage am Devisenmarkt erneut in trübem Lichte erscheinen. Vorstehende Erwägungen bilden in den beteiligten Kreisen den hauptsächlichsten Grund zur eingetretenen Befestigung. Die Umsätze blieben aber wie an den Vortagen im freien Verkehr äußerst beschränkt. Von der Effektenbörse ist zu sagen, daß das Handelsverbot nach wie vor streng beobachtet wird, daß aber die Kurse im Reflex vorstehender Erwägungen in der Mehrzahl etwas höher als gestern gesprochen wurden.

Der Markkurs im Ausland.

dz. Mainz, 18. Nov. Der Markkurs erlitt im Laufe des Nachmittags eine weitere Entwertung. Während er in Zürich am Mittag noch mit 2.05 um 2 1/2% gebessert notierte, war Paris bei Börsenschluß um 1/4 auf 5 1/16 abgeschwächt, und New York eröffnete mit einem Rückgang um 3 auf 0.86. Daher waren auch die Notierungen im Berliner Devisenverkehr weiterhin erhöht, und zwar Amsterdam um 235, Brüssel 70, Italien 87 1/2, London 29, New York 9 1/4, Paris 100, Schweiz 199 und Spanien 225 Punkte.

Banken und Geldmarkt.

Ind. Mitteldutsche Creditbank, Frankfurt a. M. Die außerordentliche Generalversammlung, in der 34 Aktionäre mit 112 179 Stimmen ein Aktienkapital von 33 653 700 M. vertraten, genehmigte die Erhöhung des Grundkapitals um 50 Mill. M. auf 140 Mill. M. durch Ausgabe von 50 000 auf den Inhaber lautenden Aktien. Die jungen Aktien sind ab 1. Januar 1922 dividendenberechtigt. Hiervon werden 30 Millionen einem Bankkonsortium unter Führung der Mitteldutschen Creditbank zum Kurse von 180 Proz. mit der Maßgabe begeben, sie den alten Aktionären zum gleichen Kurse im Verhältnis 3:1 anzubieten. Diese Kapitalerhöhung muß bis 31. Dezember durchgeführt sein. Ferner wurde eine weitere Erhöhung des Grundkapitals um einen Betrag bis zu 30 Millionen beschlossen. Diese Kapitalerhöhung muß bis 30. Juni 1922 durchgeführt sein, sonst ist der Beschluß hinfällig. Diese Aktien werden auch den Übernehmern zum Mindestkurse von 180 angeboten. Zur Begründung führte die Verwaltung aus: Die Geschäfte der Bank haben durch die Mitarbeit der Filialen einen sehr bedeutenden Umfang angenommen, wozu größere Mittel erforderlich sind. Ferner soll das eigene Kapital der Bank in ein besseres Verhältnis zu den Depositen gebracht werden. Die Mitteldutsche Creditbank legt Wert auf Selbstständigkeit und wird auch diese in Zukunft sich zu erhalten wissen, trotzdem an sie wiederholt Anträge auf Fusionierung mit anderen Banken gestellt wurden.

= Spar- und Credit-A.-G., Berlin. Vom Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes wird uns ge-

schrieben: Eine unter obiger Firma neugegründete Gesellschaft versendet unter reklamehaften Anpreisungen nach Art der verkraachten Sportbanken Werbezirkulare, in welchen die Leser auf die Möglichkeit hingewiesen werden, durch eine mühelose Tätigkeit neben einer regelrechten Verzinsung ihrer Anlagen von 10 bis 15 Proz. vierteljährlich, über 100 Proz. monatlich zu verdienen, wobei in verlockender Weise auf das nachahmenswerte Beispiel von Carnegie und Rockefeller hingewiesen wird. In Wirklichkeit handelt es sich um eine Kapitalspargesellschaft nach dem seitdem bekannten Provisionssystem der Anhaltischen Spar- und Darlehns-Gesellschaft zu Leipzig; der Begründer der letztgenannten Gesellschaft, Herr Rettig, gehört der Verwaltung des neuen Unternehmens an, was um so bemerkenswerter ist, als die Anhaltische Spar- und Darlehns-Gesellschaft sich in zahlreichen auch an die Presse gelangten Zuschriften stets darauf berufen hat, daß sie mit dem durch seine Vergangenheit erheblich bloßgestellten Rettig nichts zu tun habe. In Wirklichkeit scheinen zwischen der Anhaltischen Spar- und Darlehns-Gesellschaft und der Spar- und Credit-Aktiengesellschaft die engsten Beziehungen zu bestehen. Vor einer Verbindung mit dem Unternehmen, für welches auch von Potsdam aus ein früherer Vertreter des Köhn-Konzerns mit marktschreierischen Inseraten in der kleinen Provinzpresse wirbt, muß dringend gewarnt werden.

= Anmeldung bosnischer, herzegowinischer und kroatischer Wertpapiere. Durch eine Verordnung des jugoslawischen Finanzministeriums vom 18. Oktober d. J. wird wie der Deutsch-Osterr.-Ungar. Wirtschaftsverband, jugoslawische Abteilung, Berlin, mitteilt, eine Anmeldepflicht angeordnet, der sich die Besitzer von Obligationen der Anleihen früherer osterr.-ungar. Gebiete, die jetzt zum jugoslawischen Staatsgebiet gehören, zu unterziehen haben. In Betracht kommen in erster Linie die kroatisch-slavonischen Grundlastungs-Obligationen, Bosnische Landesanleihen, Bosnisch-Herzegowinische Eisenbahn-Landesanleihen, Bokumwinar Landesanleihen, die Obligationen des Dalmatischen Landes-Meliorationsfonds, ferner die Pfandbriefe der Bukowininer Boden-Creditanstalt und Landesbank, der Bukowininer Sparkasse, der Kroatischen Landesbank, der Kroatisch-Slavonischen Landes-Hypothekbank sowie der Sparkasse in Agram und der Landesbanken für Bosnien und der Herzegowina. Die Anmeldung dieser Obligationen hat bis zum 30. November zu geschehen, und zwar in einer amtlich vorgeschriebenen Form. Da die Frist nur bis zum 30. November läuft, sind bereits Verhandlungen über eine Fristverlängerung eingeleitet worden. Interessenten erfahren Näheres durch die jugoslawische Abteilung des Deutsch-Osterr.-Ungar. Wirtschaftsverbandes, Berlin W. 55, Am Karlsbad 18.

Industrie und Handel.

* Neue Statistiken. 1920 betrug von der Weltproduktion an Eisen und Stahl (59 und 68 Mill. To.) der Anteil der Vereinigten Staaten 61 Proz. und 61 Proz., Großbritanniens 13.7 Proz. und 13.5 Proz., Deutschlands 9.3 und 11.3 Proz., Frankreichs mit Elsaß-Lothringen 8.1 und 6 Proz. — An der Weltenergie, Kampagne 1920/21, von 17 Mill. Ballen Baumwolle war Amerika mit 66 Proz. beteiligt, eine Verhältnisziffer, die sich in den letzten 21 Jahren lediglich gleich blieb. Der Inlandsverbrauch Amerikas ist steigend, er beträgt zurzeit 46 Proz. der

eigenen Ernte. — Die Ernährungsindexziffern überragen am 1. Oktober 1921 den Juli 1914, Stand in den nachstehenden Ländern um die beigefügten Prozentzahlen: Vereinigte Staaten 50 Proz., Holland 85 Proz., England 110 Proz., Frankreich 240 Proz., Italien 360 Proz., Deutschland 1350 Proz. — Die deutsche Großhandelsindexziffer beträgt im Durchschnitt aller Waren am 15. Oktober 2394 M. bei einer Höhe von 100 M. für 1913.

* Neue Erhöhung der Goldzuschläge. Nachdem die Goldzuschläge erst kürzlich von 900 auf 1900 am 20. Oktober heraufgesetzt worden sind, ist infolge des weiterhin andauernden Geldentwertungs eine abermalige Erhöhung von 1900 auf 3900 geplant, die schon in kurzer Zeit in Kraft treten soll.

* Marx Sekall u. Co., A.-G. in Düsseldorf. Unter dieser Firma wurde eine neue Aktiengesellschaft mit einem voll eingezahlten Kapital von 3 Mill. M. gegründet, die die Herstellung und den Vertrieb von Schuhwaren bezweckt. Zum Vorstand wurden Jul. Segall und Hermann Abenheimer bestellt.

Wetterberichte.

Meteorolog. Beobachtungen der Station Wiesbaden.

18. November 1921.		1 Uhr 27 morgens	2 Uhr 17 nachm.	3 Uhr 17 abends	Mitt.
Luftdruck	auf 760. Normalschweres	57.1	57.4	57.4	57.3
red.	auf dem Meeresniveau	767.6	767.9	767.9	767.6
Thermometer (Celcius)		2.9	3.4	3.6	3.4
Druckspannung (Millimeter)		5.0	4.9	4.8	4.9
Relat. Feuchtigkeit (Prozent)		88	83	83	84.3
Windrichtung		NO 2	NO 2	O 1	—
Niederschlagshöhe (Millimeter)		—	—	—	—
Höchste Temperatur (Celcius)		6.5		Niedrigste Temperatur: 2.2	

Wasserstand des Rheins

am 18. November 1921.
 Biebrich: Pegel 0.70 m gegen 0.75 m am gestrigen Vormittag
 Mainz: 0.000 0.01
 Caub: 1.17 1.21

Wettervoraussage für Sonntag, 20. November 1921

von der Meteorolog. Abteilung des Physikal. Vereins zu Frankfurt a. M.
 Bedeckt, meist trocken, Temperatur um null Grad, Nordostwind.

Husten.

Verstärkte Wiesbadener Tabletten
 gebraucht man mit best. Erfolg bei Husten und Heiserkeit. A. Leinverk.: Schützenhof-Apotheke, La. gasse 11.

Die Abend-Ausgabe umfaßt 6 Seiten.

Geschäftsführer: G. Seiffel.

Verantwortlich für den politischen Teil: G. Seiffel; für den Unterhaltungsteil: G. Seiffel; für den lokalen und provinziellen Teil, sowie Berichterstattung und Handel: W. G.; für die Anzeigen und Reklamen: G. Seiffel, sämtlich in Wiesbaden.

Druck u. Verlag bei G. Seiffel, Bergstr. 12, Wiesbaden.

Sprechstunde der Schriftleitung 12 bis 1 Uhr.

Beamten- u. Bürger-Konsumverein, Rhein-Main

e. G. m. b. H.

Sitz Wiesbaden :: Büro: Adelheidstraße 53.

Einladung

zur

ordentlichen Jahres-Generalversammlung
 am Sonntag, den 27. November, nachm. 4 Uhr,
 im Saale der Turngesellschaft, Schwalbacher Straße 8.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
2. Bericht des Rechnungsprüfers.
3. Genehmigung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung.
4. Beschlußfassung über die Verteilung der Ertrübrigung.
5. Entlassung des Vorstandes.
6. Festsetzung der aufzunehmenden Anleihen in Spareinlagen.
7. Erwerb von Grundbesitz.
8. Anträge des Vorstandes.
9. Wahlen zum Aufsichtsrat.
10. Verschiedenes.

Die Bilanz liegt in unserem Geschäftsbüro Adelheidstraße 53 zur Einsicht aus.

Bezüglich etwaiger Anträge zur Generalversammlung verweisen wir auf § 14, Abs. 3, unseres Statuts. F340

Um zahlreichen Besuch, besonders auch der Frauen, wird gebeten.

Der Aufsichtsrat.

Dr. Hardtmuth, Vorsitzender.



Leipziger Lebensversicherungs-Gesellschaft auf Gegenseitigkeit

(Alte Leipziger)

Gegründet 1880. Versicherungsbestand: 1 Milliarde, 600 Millionen Mark

übernimmt

Versicherungen unter günstigsten Bedingungen und gegen billigste Beiträge.

Vertreter: Paul Böhme, Schützenhofstraße 14. Telefon 4303.
 Arthur Straus, Emsor Straße 6. Telefon 763.

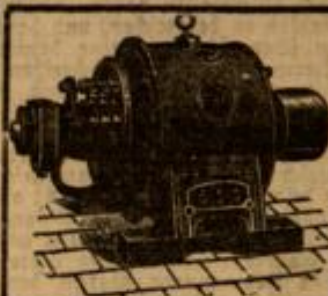
Betrifft BATSCHARI

Es sei hier einmal ganz sachlich erklärt:

- BATSCHARI** hat die alte Tradition einer vorbildlichen deutschen Cigarettenfabrik.
- BATSCHARI** mischt und verarbeitet auf Grund jahrzehntelanger Erfahrungen die edelsten Tabake des Orients.
- BATSCHARI** verfügt neben besten maschinellen Einrichtungen über einen Stamm ausgezeichneter Handarbeiter.
- BATSCHARI** bringt seine Cigaretten in Idealformaten in den für die Erhaltung des Tabakaromas zweckmäßigsten, sauberen und einfachen Packungen.
- BATSCHARI** hat sich wieder den Weltmarkt erobert und seine berühmten Qualitäts-Marken werden von den anspruchsvollsten Raucherkreisen hochgeschätzt.



NO PUMONY



Maschinenfabrik L. Wilhelm, Hanau

Spezialfabrik für

Elektromotoren u. Dynamos

Lager und Vertretung: Philipp Mühlmichel, Wiesbaden
 Telefon 3278 — Körnerstraße 2.



Trinkt das gute Mainzer Aktien-Bier!

Niederlage
Wiesbaden:
Mauergasse 6.
Telephon Nr. 577.

Am 28. November 1921, vorm. 10 Uhr, werden 1. an Gerichtsstelle, Zimmer 61, Gerichtsstraße 2, der Adler, Leberberg, 2. Gewann der Gemarkung Wiesbaden, groß 12 ar 23 qm, und 2., am selben Tage, nachm. 3 Uhr, auf dem Rathause in Bierstadt 7 Biesegrundstücke, Kaufmann, 4. Gewann der Gemarkung Die Stadt, groß insgesamt 64 ar 23 qm, zwangsweise versteigert zwecks Aufhebung der Gemeinshaft. Eigentümer: Fischer, Ferdinand und Gen. Wiesbaden, den 15. November 1921.

Das Amtsgericht, Abt. 9. F213

Deffenliche Mahnung zur Zahlung fälliger Steuern.
Die rückständigen Steuern und Abgaben für das 1.—3. Vierteljahr (April, Dezember) 1921 sind bis zum 23. d. M. zu entrichten.
Nach Ablauf dieser Frist beginnt am 24. d. M. die Zwangsversteigerung.
Wiesbaden, den 15. November 1921. F237
Städtische Steuerkasse.

Bekanntmachung!

Städtisches Holzamt (Altes Museum) Zimmer 51.
Infolge der stets zunehmenden Erhöhungen von Löhnen usw. werden ab 15. November d. Jahres die Brennholzpreise wie folgt festgesetzt:
1 Ztr. Brennholz ab Lager M. 20.00
1 Ztr. Brennholz frei Keller M. 22.50
1 Ztr. Stod- u. Wurzelholz ab Lager M. 13.50
1 Ztr. Stod- u. Wurzelholz frei Keller M. 16.00
Wiesbaden, den 15. November 1921. F237
Der Magistrat.

Gaben

für das Wohlbefinden bedürftiger Schulkinder und für Brennmaterial für verarmte Bedürftige nehmen entgegen die Mitglieder der Fürsorge-Deputation, die Kasse des Fürsorgeamtes, Rheinstraße 36 (Gartenhaus), sowie die Herren Kaufmann August Engel (Haupthaus, Taunusstraße 12—14, Zweiggeschäfte Wilhelmstraße 2, Rheinstraße 123, Neugasse 2 und Kaufbrunnentstraße 13), Kaufmann Emil Dees (vorm. E. Aden), Große Burgstraße 16, und Kaufmann Karl Koch, Reichelsberg 2, sowie der Verlag des „Wiesbadener Tagblattes“.
Wiesbaden, den 15. November 1921.
Der Magistrat Fürsorgeamt.

Unsern Mitgliedern

zur gefl. Kenntnisnahme, daß wir wegen andauernder Arbeitsüberhäufung gezwungen sind, unsere **Wertpapiere-Schalter** 17, 13 und 19 Montag, 21. November, geschlossen zu halten. Auch bitten wir, an diesem Tage von telephonischen Anfragen an die Wertpapiere-Abteilung abzusehen. **Alle übrigen Schalter sind täglich vormittags geöffnet.** F281
Wiesbaden, den 19. November 1921.

Wiesbadener Bank

für Handel und Gewerbe.
Eingetr. Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht
Friedrichstraße 20.

Christl. Verein junger Männer, Wiesbaden

Cransienstraße 15.
Sonntag, den 20. November, abends 8 Uhr, im Evang. Vereinshaus, Platter Straße 2

„Totenfest“

Vortrag von Herrn Rektor A. Loh:
„Gelig sind die Toten, die in dem Herrn sterben“.
Chorgesänge, Musik- und Gebetwörterge tragen zur Verschönerung des Abends bei.
Jedermann ist freundlich eingeladen.

Badhaus „Weiße Lilien“

Häfnergasse 8. Häfnergasse 8.

Bäder aus der Drei Lilien-Quelle

Einzelbad 2.50. Im Abonnement 2.—.

Kaufe Herrschaftsmobiliar!

Ganze Einrichtungen, Schlafzimmer, Salons, Speisezimmer, Herrenzimmer, Fremdenzimmer, sowie Einzelmöbel, Teppiche, Pianos, Kassettschränke, Reliefs, jap. Gegenstände, Porzellan usw. und ganze hohe Preise.
Julius Jäger, Helenenstr. 15, 1.
Bestellungen nur durch Post oder Telephon 5047.

Handball-Verbandswettbewerb

Turn-Verein — Tgm. Schierstein F 293

Sportplatz Franzfurter Straße, Sonntag, 11^{1/2} Uhr vormittags.

Café-Panorama Waldfrieden.

Endstation Dotzheim, Panoramaweg, Weilburger Tal.

Die bekannten Wiener Kuchen.

Wiener Küche. Behagliche Kaffeezimmer. Pr. Ausschankwein.
Für aufmerksame Bedienung ist Sorge getragen. **Telephon 6203.**

Restaurant „Germania“ Platter

Strasse 168.

Heute Samstag und Sonntag:

Groß. Schlachtfest!

Prima Bratwurst, Weißfleisch u. Schweinefleisch. Es ladet freundlich ein. **Aug. Nibel.**

Hausfrauen!

chemisch-reinigt zu Hause nur mit

Heilmann's Reformia!

Alle wissen, sowie waschechten bunten Stoffe Damen-, Herren- u. Kinderkleidung, Handschuhe, Strümpfe, Decken, Stickereien u. alle sonstigen Handarbeiten, Dekorationen usw. werden auf die einfachste u. billigste Weise **prachtvoll u. wieneugereinigt.**

Päckchen zu Mk. 2.—
Erhältl. in Drogerh. u. einschlag. Geschäften
Vertretung und Lager:
Gu'ria Haubt, Mainz, Bonifatiusstraße 5. — Tel. 2348.

Hoch

wie die Valuta

sind die **PREISE** die ich zahle
(bitte nicht verkaufen, bevor Sie mein Angebot gehört haben)

für **Brillanten und Perlen, Platin, Tiegel, Kontakte, Brennstifte, Thermokauter, Gold- und Silbergegenstände,** gold. Uhren, Ketten, Ringe, Armbänder, Broschen etc. Silber-Bestecke, Leuchter, Service, Körbe, Becher, Taschen, Etuis (auch Bruch)

Zahngebisse

(ob ganze, zerbrochene oder in Kautschuk gefaßt.)
bessere Herren- und Damen-Pelze.
Grosshut 27 Laden u. i. Stock
Wagemannstr. 27 Telephon 4424.
Achten Sie, bitte, genau auf Namen u. Nr. 27.

Brillanten

Perlen usw.

lose, oder Schmuck gefaßt.

G. Citrine aus Paris

12 Part., Dotzheimer Str. Tel. 1864.
Bürostunden 9—5 Uhr.

Herrschaftsmobiliar

vollständige Einrichtungen, einzelne gute Stücke, Teppiche, Kunst- u. Dekorationsgegenstände (alt u. neu) kauft zu hohen Preisen gegen Kasse
Klapper, Friedrichstr. 55. Telephon 1627.

Simplicissimus

Erste vornehmste Kunstausstellung WIESBADENS. Webergasse 37. Telephon 1028.
Dir.: M. Alexandroff.

Ab 8 Uhr abends:

Nur noch kurze Zeit!

Das große November-Programm!

Eintritt Mk. 10.—

Souper Mk. 35.—

Ab 9 Uhr, I. Etage: Iracandero-Tanzpalast mit 2 Kapellen!

Schirme

gr. Ausw., solid. Fabrikat zu Fabrikpreisen.
Bender, Rooststr., 15. P.

Patente

Gebrauchs-Muster, Ware zeichen-Anmeldungen, In- u. Ausland. Internat. Patentbüro Adolfsstr. 9, II. Aukt. Spez.-Büro.

Billiger Verkauf neuer

H. Wylter, Metz, Hofen

Sellmundstr. 43, 2. Etage.

Priv.-Entb.-Heim

biskrete, liebevolle Zusn. Staatl. genehm. Kein Heiml. gewillensh. Bilege. Fr. Nektard, Sehamme, Bad Kreuznach.
3/4 Mtr. dunkelbl. Tuch, Chemot. dunkl. Dam.-W. Mantel (Gr. 44), neue Kinder-Gummischuhe (24). Illa Samthut für ältere Dame zu verlauf. Tbeis, Karlsruh 5. 1.

Achtung!

Gelt. Gelegenheitskauf!
Durch glückl. Gelegenheitskauf bin ich in der Lage 10 verschied. prima neue Sofas, Divans, Chaiselongues, Besüge, Stoffe zum billig. Preise zu verk.; auch nehme ich gebrauchte Möbel aller Art, sowie Sofas und Feder-Deckbetten u. dergl. in Zahlung. Der Verkauf findet Sonntag u. Montag, so lange Vorrat reicht, statt Cleonorenstraße 7, 2 r. Etage.
1 electr. Zimmer-Zusammenbau, 1 electr. Pendelbilla zu vier Schläffeln, Karlsruh. 35. Futtergelaß.
Anfang von

Platin

Bruch, Gold- u. Silberwaren, Dublet, Platinwaren, Brillanten, S. Martin jr., Mainz, Alarstr. 23. F161

Rhein- u. Taunus-Klub

Wiesbaden G. O.

Bei der am 26. November stattfindenden Dekor.-Feler

sol ein **Tombo** zum Besten der Bauten a. d. Halgarter Zange veranstaltet werden. Sammelstellen befinden sich bei den Herren: Gustav Vietor, Kleine Burgstraße 7, Ludw. Becker, Große Burgstraße 1, Henr. Cron, Kirchgasse 80, H. Diehl, Blüthstraße 17, K. Haack, Luisenplatz 1, Henr. u. Knapp, Wehrstraße 55. Die Mitglieder, sowie Freunde und Gönner des Vereins werden gebeten, im Interesse der gemeinnützigen Sache eifrig davon Gebrauch zu machen. Geldrenden werden auch daselbst angenommen oder auf Postcheckkonto Nr. 8172. F292

Galerie Banger

Luisenstraße 9.

Grosse Kunst- und Kunstgewerbe-Schau

Gemälde, Graphik, Plastik, Kunstgewerbe, Stilmöbel, Antiquitäten.

Geöffnet:
Werktags 9—1, 3—7, Sonntags 11—1.
Eintritt frei. Eintritt frei.

Glace-, Wildlederhandschuhe, Damen-, Reisetaschen führt Laussen & Hebrlein.

Ankauf

Antiquitäten u. Kunstgegenständen jed. Art wie auch eingelegte und geschnitzte Möbelstücke, echte Teppiche und Porzellane, wie auch Gold- und Silberwaren. Offerten und Anfragen bitte an das Münchner Gewerbehaus für alte und moderne Kunst Kochbrunnenplatz 3, zu richten.

Perser Teppiche

Derbindungsstücke Deutsche Teppiche Kelims

wie auch orient., chines. u. japan. Gegenstände Kunst- und Antiquitäten werden zu hohen Preisen angekauft. Gef. Offerten erbeten an

Münchener Gewerbehaus
Abteilung: Haus für Raumkunst, Langgasse 14, Eingang Schützenhofstraße 1.

Effax

Bester Schuhputz.

Wetterfest, sparsam im Gebrauch, tiefschwarzer Hochglanz.

Kochgesand & Ampt,

Chemische Fabrik, MAINZ.

Vertretung u. Lager:
Carl Kruse, Wiesbaden,
Zietenring 13. Telephon 3981.

Wegen Trauer bleibt das Geschäft Montag geschlossen.

J. Hertz Damen-Moden, Langgasse 20.

PELZE!

Neuanfertigung, Umarbeiten. Fachmann. erstklassige Arbeit. Gerben und Färben. Jenny Maffler

Kartoffeln gelbfleischig nur in Waggonladungen liefert C. Wirth, Düsseldorf

Herrschaftsmöbel

einige ganze Einrichtungen, Kuffelstücken kauft zu zeitgemäßen Preisen gegen sofortige Kasse Zimmermann

Fleischfutter für alle Tiere, Geflügel, Hunde, auch als Mastfutter geeignet zu haben.

Alte Lüster Zink-Badewannen, Zimmer- u. Badewannen, sowie Zelle aller Art

Schwarze Kleider Schwarze Blusen Schwarze Röcke Trauer-Hüte Trauer-Schleier Trauer-Stoffe

Hotel-Firma gut bekannt, abzugeben. Ecken u. Nebenraum ob. Wohn. für Damen-Modellerei gesucht.

Blumenthal

Frankfurt

fährt Dienstag bestimmt Rolle hin und zurück. Transporte werden angenommen.

Großer Eisaisten Tische und verschiedene Spielstücken zu verkaufen bei Rhr. Langgasse 19. 1.

Echt. Porzellan Kuffelstücken kauft Zimmermann

Hohe Preise für herrschaftl. Möbel

ganze Einrichtungen, eins. Möbelst., Pianos, Kassen, Schränke, Perlen u. deutsche Teppiche, Reliefs, Kristall sowie Japan- u. China-Gegenstände, Antiquität., Kunstgegenstände all. Art, zahl. gegen Kasse Julius Jäger, Selanenstr. 15. 1. i. Telefon 5047.

Müller's An- u. Verkauf von Möbeln, Kleidern, Schuhen, sowie alten Zahngebill., Gold- u. Silberst., zahl. die höchsten Preise.

Wiesbaden, den 18. November 1921. Emsor Straße 22.

Die Beerdigung findet in aller Stille statt. Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.

Danksagung. Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer teuren, unvergesslichen

Ilse danken herzlichst

Familie Louis Kronenberger.

30 Mark Belohnung!

Ein Hund mit mehreren fl. Schlüssel am Freitag morgen verlore. Abzug. Rogellang, Taunusstr. 55.

Brillanten-Brosche mit Rubin verloren. Abzugeben gegen Belohnung Kundbüro.

Schäferhund aufgelaufen. Abzuholen bei Friedrich Schmidt, hinter der Bettfedern-Fabrik, Dokheimer Straße.

Kriegshund entlaufen. Gegen Belohn. abzugeben Gambrius, Marktstr. 20.

Standesamt Wiesbaden

Sterbefälle. Am 16. Nov.: Kind Anton Schönberger, 19 Tage; Ehefrau Julie Heerlein geb. Koll-Gullong, 31 J.; Marie Stahler, ohne Beruf, 20 J. - 17.: Kaufmann Wilhelm Zimmermann, 47 J.; Viehhändler Friedrich Zimmermann, 70 J.

Nach kurzem, schwerem Leiden entschlief heute sanft im 79. Lebensjahre unser lieber Vater und Großvater

Herr Louis Laser.

Dr. Eduard Laser u. Frau Lili, geb. Herz Joseph Heymann u. Frau Käthe, geb. Laser Dr. Ludwig Sternhelm u. Frau Trude, geb. Laser und vier Enkel.

Wiesbaden, Hannover, den 18. November 1921. Schützenstraße 5.

Einäscherung Montag vormittag, 10 1/2 Uhr, auf dem Südfriedhof.

Beileidsbesuche dankend verboten.

1172

Ein Hund Schlüssel

verl. Friedrichstr., Kurhaus. Abzug. Feuerwache.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme während der Krankheit und beim Heimgange meines lieben Mannes, unsres teuren, unvergesslichen Vaters, Schwiegervaters und Großvaters, sowie für die zahlreichen schönen Kranzspenden sprechen wir auf diesem Wege unsern innigsten Dank aus.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: Philippine Stoll geb. Becker.

Wiesbaden, Kiel, den 17. November 1921.

Heute abend 7 1/2 Uhr entschlief sanft unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

Willi Zimmermann Kaufmann

im 28. Lebensjahre. Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: Familie Karl Zimmermann nebst Angehörigen.

Die Beerdigung findet am Montag, den 21. November, nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle des Südfriedhofes aus statt.

Heute abend verschied sanft nach langem, schwerem, mit engelhafter Geduld ertragenem Leiden unser innigstgeliebtes, treusorgendes, selbstloses Mütterchen und Großmütterchen, unsere liebe Schwester und Tante

Frau Marie Weyrauch

geb. Osterwald im 72. Lebensjahre.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen: Dr. med. Wilh. Weyrauch.

Wiesbaden, den 18. November 1921 Emsor Straße 22.

Die Beerdigung findet in aller Stille statt. Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.

Nach langem, schwerem, mit Geduld ertragenem Leiden entschlief heute morgen sanft von seinem arbeitsreichen Leben mein innigstgeliebter, guter, treusorgender Vater und Großvater

Herr Friedrich Zimmermann

im 71. Lebensjahre. Viehhändler

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen: Frau Josefine Kraß, Wwe., geb. Zimmermann.

Wiesbaden, den 17. November 1921.

Herberstraße 7.

Die Beerdigung findet Dienstag, 3 Uhr, von der Leichenhalle des Südfriedhofes aus statt.

Das feierliche Seelenamt ist Dienstag, 7⁰⁰, in der Bonifatiuskirche.

Nachruf!

Am 17. ds. Mts. wurde uns unerwartet unser Mitglied

Herr Willi Heinz Zimmermann

durch den Tod entrissen. Wir beklagen in dem Dahingeschiedenen einen lieben Freund und treuen Kameraden, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.

Wiesbadener Club 1911 E. V.

Am Abend des 18. November wurde meine liebe Frau, unsere herzensgute Mutter

Frau Johanna Burk, geb. Frey

im 60. Lebensjahre von ihrem langen, schweren, mit großer Geduld ertragenem Leiden erlöst.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Carl Burk Studienrat Dr. phil. Karl Burk u. Frau Regierungsbauführer Rudolf Burk.

Wiesbaden (Dotzheimer Str. 6), den 19. November 1921.

Die Beisetzung findet in aller Stille statt.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meinen geliebten Mann, unsren guten, treusorgenden Vater, Bruder, Schwager und Onkel

Leopold Scheurich

Werkmeister

im Alter von 45 Jahren durch einen Unglücksfall zu sich in die Ewigkeit zu berufen.

In tiefer Trauer:

Familie Scheurich.

Dagheim, den 14. November 1921.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. November 1921, nachm. um 1/2 Uhr, vom Leichenhause des Friedhofes aus statt.